

Reg. Nr. 1.1.1

Nr. 14-18.121.02

Bericht der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) zur Vorlage "Leistungsauftrag 1, Publikums- und Behördendienste, für die Jahre 2014 bis 2017; Bewilligung eines Nachkredits"

Bericht an den Einwohnerrat

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) hat an insgesamt drei Sitzungen zusammen mit Gemeindepräsident Hansjörg Wilde, Abteilungsleiter Patrick Breitenstein und Generalsekretär Urs Denzler intensiv diskutiert. Die Sachkommission liess sich dabei diverse weiterführende Berechnungen und Aufschlüsselungen aushändigen, um einen möglichst vollständigen Überblick zu erhalten.

I Allgemeines & Ausganglage

Für den Leistungsauftrag Publikums- und Behördendienste für die Jahre 2014-2017 wurde vom Einwohnerrat ein Globalkredit von 17'517'000 Franken gesprochen. Durch nachträglich bewilligte Projekte durch Einwohnerrat und Gemeinderat, sowie der Teuerung über die ganze Periode, erhöht sich der bewilligte Globalkredit auf 17'998'000 Franken. Dieser Globalkredit kann nicht eingehalten werden und wird um voraussichtlich 659'000 Franken überschritten, was einer Abweichung von 3,7 % entspricht.

II Gründe für die Abweichung

In der Kommissionsberatung wurde insbesondere durch die bereitgestellten zusätzlichen Informationen ersichtlich, dass die Überschreitung nicht auf eine Handlung oder ein Projekt zurückzuführen ist, sondern viel mehr eine Kumulation vieler kleinerer Überschreitungen darstellt. Die SPBF hat diverse Überschreitungen genau untersucht und nimmt dazu wie folgt Stellung.

1. Einwohnerrat - Überschreitung: CHF 159'000

Beim Einwohnerrat ist eine gesamthafte Zunahme der Belastungen für Ratsmitglieder und Verwaltung zu beobachten. Besonders im 2016 wurde das langjährige Mittel sowohl bei Vorstössen als auch bei Kommissions- und Plenumsitzungen überschritten, was sich in den Kosten bei der Gemeindeverwaltung als auch in den Sitzungsgeldern der Einwohnerratmitglieder niederschlägt.



Standpunkt Sachkommission:

Ein Teil dieser Überschreitung ist sicherlich als Preis für eine lebhaftere Demokratie zu betrachten. Allerdings stellt die SPBF auch fest, dass in den letzten Jahren kaum Vorlagen ohne Kommissionsberatung im Einwohnerrat traktandiert wurden. Zudem ist ein signifikanter Anstieg bei Mitberichten zu beobachten. Beide Entwicklungen führen zu mehr Kommissionsarbeit und längeren Plenumsitzungen. Die Sachkommission bezweifelt den qualitativen Nutzen dieser Tendenzen.

2. Gemeinderat - Überschreitung: CHF 354'000

Zum bewilligten Globalkredit von 4'373'000 Franken wurden zusätzlich durch den Einwohnerrat und den Gemeinderat 451'000 Franken nachträglich bewilligt (v.a. Anpassung Ordnung zu den Entschädigungen und Leitbild 2016-2030). Trotzdem wird für das Produkt eine Differenz von 354'000 Franken erwartet, was einer Abweichung von 6,8 % entspricht.

Standpunkt der Sachkommission:

Auch bei der Geschäftszunahme des Gemeinderats muss ein Teil als Preis der lebhaften Demokratie angesehen werden, da auch beim Gemeinderat analog zum Einwohnerrat die Anzahl der Traktanden gegenüber der letzten Legislatur angestiegen ist.

Daneben ist aber auch ein Teil der Überschreitung darauf zurückzuführen, dass der Gemeinderat Projekte beschloss (z. B. Papierloser Gemeinderat) ohne jedoch den entsprechenden Kredit zu bewilligen. Dies hat in der Gesamtbetrachtung der Gemeinderechnung keinen Einfluss, allerdings für diesen Nachkredit. Würden diese Projekte mit einem entsprechenden Kredit bewilligt, würden sie zum nachträglich bewilligten Globalkredit zählen (analog Leitbild) und dadurch nicht den Nachkredit belasten. Diese Praxis ist nach Auffassung der Sachkommission anzupassen. Die SPBF ist künftig nicht bereit, Entscheide, die der Gemeinderat trifft und entsprechende Kosten zur Folge haben, via Nachkredit dem Einwohnerrat zu beantragen.

3. Öffentlichkeitsarbeit - Überschreitung: CHF 258'000

Durch die vermehrte Belebung des Dorfkerns sowie Änderungen im Standard und der Organisation von Events, kam diese Überschreitung zustande.

Standpunkt der Sachkommission:

Die SPBF hat bei ihren vertieften Untersuchungen festgestellt, dass besonders bei den Kosten für Events eine teils enorme Kostensteigerung festzustellen ist. So organisiert die Gemeinde vermehrt Anlässe unter Kostenfolge selbst, die früher vor allem von Vereinen getragen wurden. Diverse Anlässe verzeichnen dadurch eine massive Kostenzunahme, einzelne (Bundesfeier und Regiomesse) gar eine Verdoppelung. Die SPBF wünscht sich von Gemeinderat und Verwaltung mehr Kostenbewusstsein beim Organisieren der Anlässe - z. B. hält es die SPBF für zu teuer, persönlich adressierte Einladungen für den Neujahrsapéro in jeden Haushalt zu senden, wo man doch in der Riehener Zeitung via Leistungsvereinbarung kostenlos ein zusätzliches Inserat schalten kann. Ebenfalls muss noch intensiver versucht



Seite 3

werden, Sponsoren für Events zu gewinnen und Unterstützungsbeiträge von Dritten (z. B. Kanton oder private Organisationen) zu beantragen.

Die SPBF hat bei einzelnen Anlässen (z. B. Lateinamerikamarkt) den Eindruck, als Defizitgarantie für die zu geringe Kostensensibilität anderer Produktgruppen erhalten zu müssen.

III Gesamtsicht der Sachkommission

Einige Gründe für die Überschreitungen sind verständlich nachvollziehbar und dadurch berechtigt. Weiter gilt es zu loben, dass einzelne Produkte (z. B. Publikumsdienste: minus 155'000 Franken) sogar unter dem bewilligten Globalkredit abschliessen werden. Das trotzdem eine Überschreitung von 659'000 Franken zustande kommt, die sogar noch hätte höher ausfallen können bei mehr kommunalen Initiativen und Referenden, ist für die Sachkommission störend und zeugt davon, dass nicht überall die gleiche Kostensensibilität vorhanden ist. Aus diesen Gründen hat die SPBF mehrfach darüber diskutiert, den Nachkredit zur Ablehnung zu empfehlen resp. dem Einwohnerrat "Nicht eintreten" auf die Vorlage zu beantragen. Dies hätte gegenüber allen Beteiligten eine deutliche Signalwirkung bedeutet. Schliesslich kam die Sachkommission jedoch zum Schluss, dass das Ablehnen des Nachkredits vermutlich nicht den gewünschten Effekt - nämlich mehr Kostensensibilität an gewissen Stellen - bewirken würde. Ein solcher Beschluss würde vermutlich eher in einem Sparauftrag für die gesamte Produktgruppe für die Restlaufzeit des Leistungsauftrags führen. Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen macht darauf aufmerksam, dass eine Zustimmung zum Nachkredit nicht als Präjudiz verstanden werden darf, dass sie mit den Gründen für die Überschreitungen einverstanden ist. Die Sachkommission möchte jedoch dort ansetzen, wo die Hebel deutlich grösser sind - nämlich bei der Erarbeitung des neuen Leistungsauftrags - und wird dort mittels Vergleichen mit früheren Jahren wieder mehr Kostenbewusstsein einfordern.

IV Antrag der Kommission

Die Sachkommission bedankt sich bei Hansjörg Wilde, Urs Denzler und Patrick Breitenstein für die kompetenten Erläuterungen und die auf Nachfrage stets bereitgestellten und aufbereiteten zusätzlichen Unterlagen und Berechnungen und beantragt dem Einwohnerrat, dem Beschluss auf Seite 9 der Vorlage zuzustimmen und für den Leistungsauftrag 1, Publikums- und Behördendienste, einen Nachkredit von 659'000 Franken zu bewilligen.

Riehen, 2. Juni 2017

Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen

Patrick Huber, Präsident